

„Hilfsprojekte besser vernetzen“

Interview mit den Sprecherinnen und Sprechern für Eine-Welt-Politik

Was leistet NRW für die Entwicklungshilfe und was kann der Ausschuss überhaupt dazu beitragen?

von Grünberg: Wir haben in NRW eine Vielzahl von Bürgerengagements gefördert. Erstens dadurch, dass wir Promotoren eingestellt haben, die in den Kommunen entwicklungspolitische Gedanken vermitteln und die Menschen zu aktivieren versuchen. Dazu hat das Land viel Geld bereitgestellt. Inzwischen haben wir eine große Zahl von Gruppen, die in den unterschiedlichsten Regionen aktiv sind. Wir sind gerade dabei, ein Internetportal zu organisieren, wo diese Gruppen sich darstellen und miteinander vernetzen können. Es soll im Frühjahr 2005 online gehen. Darüber hinaus haben wir sehr erfolgreiche Gesprächsforen eingeführt, wo wir jeweils die Gruppen, die sich in den gleichen Entwicklungsländern engagieren, zum Erfahrungsaustausch an einem Tisch zusammenbringen. Ich selbst bin Mitglied im Forum der NRW-Partnerregion Mpumalanga in Südafrika. Speziell meine Aufgabe als Bonner Abgeordneter sehe ich darin, die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen in ganz NRW und den in Bonn ansässigen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen auszuweiten, da diese wiederum Bindeglied zu den Organisationen im Ausland sind. Die Forderung nach stärkerer Vernetzung und Bündelung von Aktivitäten gilt übrigens auch für die einzelnen Fachministerien. Auch hier ist die Zusammenarbeit noch zu optimieren.

Keller: Aus unserer Sicht muss die Eine-Welt-Politik des Landes konzeptionell und strukturell noch schärfer profiliert, stärker mit internationalen Organisationen wie OECD und WTO vernetzt und der Anteil privatwirtschaftlicher Förderung erhöht werden. Das vermissen wir bislang. Ein aus unserer Sicht positiver Schwerpunkt ist die Kooperation zwischen NRW und China. Seit vielen Jahren werden Studenten aus



Ilka Keller (CDU)

Das ehrenamtliche Engagement im Bereich Entwicklungshilfe beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit ist groß in NRW. Allein im Eine-Welt-Netzwerk NRW engagieren sich über 10.000 Menschen in rund 1.500 Institutionen. Wie sieht es jedoch in Zeiten knapper Kassen mit der staatlichen Förderung von Hilfsprojekten aus und was kann ein Land wie NRW überhaupt zur Eine-Welt-Politik beitragen? Über diese und andere Fragen sprach Landtag intern mit Bernhard von Grünberg (SPD), Ilka Keller (CDU), Dietmar Brockes (FDP) und Ute Koczy (GRÜNE).

China hier in NRW ausgebildet und betreut. Die Landesregierung verfolgt ansonsten jedoch zu stark das Promotorenmodell, das mehr nach innen arbeitet und zu wenig Raum für den Blick nach außen zulässt. Jetzt wird man von Seiten der Landesregierung kontern und auf Programme in Mpumalanga hinweisen, wo stillgelegte Goldminen zu Museen umgebaut werden. Aus meiner Sicht gibt es jedoch förderungswürdigere Projekte. Wir müssen neue Schwerpunkte setzen.

Brockes: NRW unterhält verschiedene Kontakte zu den Ländern des Südens. Mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga haben wir zum Beispiel eine Partnerschaft. NRW unterstützt aber auch insbesondere die Aktivitäten der Eine-Welt-Gruppen vor Ort. Darin sehe ich einen Schwerpunkt für die Zukunft. Wir müssen die vielfältigen Projekte und Aktivitäten, die es in unserem Land gibt, künftig stärker vernetzen, so dass die Kommunikation untereinander besser wird. Dafür brauchen wir beispielsweise eine Internetdatenbank, wo alle Gruppen und Initiativen die Möglichkeit haben, ihr Projekt kurz darzustellen. Auf diesem Wege könnten neue Partnerschaften unter Gruppen entstehen, die vielleicht im selben Land tätig sind oder sich um

das selbe Problem kümmern. Diesen Austausch finde ich wichtig und sinnvoll, damit nicht jeder Einzelne versucht, „das Rad neu zu erfinden“, sondern die Gruppen sich untereinander ergänzen.

Koczy: Wir wissen, dass unsere Art zu leben Einfluss darauf nimmt, wie Produkte international gehandelt und hergestellt werden. Wir leben tagtäglich von Produkten aus den Ländern des Südens. Das Geld, das wir dafür bezahlen, ist zu wenig, als dass die Menschen davon leben könnten. Das heißt, wir nutzen internationale Beziehungen aus, um günstig einkaufen zu können. Diese unfairen Welt-handelsbedingungen gilt es aufzubrechen. Deshalb verfolgen wir in NRW einen Ansatz der Inlandsarbeit. Wir müssen gucken, wie leben wir hierzulande, was müssen wir verändern, damit sich die Bedingungen auch in den Ländern des Südens verändern. Aus diesem Grund haben wir in NRW das PromotorInnen-Netzwerk gegründet und unterstützen Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Das passiert in allererster Linie dadurch, dass wir die Menschen in NRW über die erwähnten Missstände und Ungerechtigkeiten aufzuklären versuchen und gleichzeitig Alternativen anbieten.

Welche Prioritäten setzen Sie bei der Entwicklungshilfe?

von Grünberg: Für mich persönlich ist die Frage der Armutsbekämpfung ganz entscheidend, aber da sind wir am wenigsten gefordert. Aus Sicht des Landes NRW sollten Themen wie Energiegewinnung oder Umwelttechnik Priorität haben, da NRW hier weltweit



Bernhard von Grünberg (SPD)

eine Vorreiterrolle einnimmt. Ich selbst unterstütze beispielsweise ein Projekt für Solarcooker. Darüber hinaus halte ich Bildungs- und Stipendienprogramme für sehr wichtig, um eine Verbindung und einen Erfahrungsaustausch zwischen hiesiger und dortiger Industrie zu ermöglichen. Aufgabe der Politik ist es dabei, als Vermittler und Moderator aufzutreten.

Keller: Für uns hat es Priorität, die Wirtschaft bei der Entwicklungshilfepolitik künftig stärker mit einzubinden und deren finanzielle Mittel für die Eine-Welt-Politik des Landes zu nutzen. Die CDU hat beispielsweise Modelle von Fundraising - das Einwerben von Finanzmitteln für Hilfsprojekte - vorgeschlagen. Bislang konnte die Landesregierung auf diesem Gebiet jedoch keine nennenswerten Ergebnisse erzielen.

Lediglich 0,5 Prozent der Inlandsarbeit gehen auf Fundraising zurück, während der größte Batzen aus öffentlichen Geldern bereitgestellt wird. Daher müssen wir Synergieeffekte mit der Wirtschaft nutzen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Armut in der Welt müssen wir zudem die vorhandene Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, sich ehrenamtlich zu engagieren, besser fördern, bündeln und miteinander vernetzen.

Brockes: Man muss zunächst die Haushalts-situation des Landes vor Augen haben. Mit einem geschätzten Schuldenstand von 107,7 Milliarden Euro bis zum Jahresende ist es äußerst schwierig, finanzielle Unterstützung in der Entwicklungshilfe zu leisten. Die Entwicklungspolitik ist auch in erster Linie Bundesaufgabe. Ich wünsche mir jedoch, dass sie künftig noch stärker eine Aufgabe der Europäischen Union (EU) wird, damit nicht jedes Land seine eigenen Projekte verfolgt und parallel zu anderen Ländern arbeitet, sondern dass über die EU sichergestellt wird, dass die Entwicklungshilfearbeit gemeinschaftlich und flächendeckend

geleistet wird. Die beste Entwicklungshilfe ist aus meiner Sicht aber die Öffnung der Märkte. Wir müssen aufhören, unsere Märkte abzuschotten und stattdessen den Entwicklungsländern eine wirkliche Chance geben. Beispiel Zuckermarktordnung: Hier muss man den südlichen Ländern einen fairen Zugang gewähren, auch wenn dies Einschnitte für die heimische Landwirtschaft zur Konsequenz hätte.

Koczy: Es gibt eine Vielzahl von richtigen Ansätzen. Für mich steht der faire Handel ganz oben auf der Prioritätenliste. Ich nenne ein Beispiel: 2006 steht uns die Fußball-WM ins Haus. Hier stellt sich die Frage, wo und wie beispielsweise die Trikots und die Fußbälle hergestellt werden. Die südlichen Länder sind die Hauptlieferanten für solche Produkte, die oftmals in

Kinderarbeit hergestellt werden. Wir in NRW müssen daher Zeichen setzen, indem wir darauf achten und hinweisen, dass von uns gekaufte Produkte zu fairen Preisen gehandelt und sozial hergestellt werden.

In Zeiten knapper Kassen hat sich der

Stellenwert von Entwicklungshilfe verändert. Wie funktioniert dabei die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken?

von Grünberg: Die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken ist gut, aber verbesserungswürdig. Das Stichwort lautet auch hier wieder Vernetzung. Wir können den Hilfswerken kein Geld geben, wir können aber Erfahrungen weitergeben und Verbindungen schaffen.

Keller: Die Hilfswerke haben von jeher viel im Land bewirkt, aber sie werden eher vom Bund unterstützt. In Zeiten knapper Kassen müssen wir alles daran setzen, ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen und auch Kontakte zur Wirtschaft zu fördern. Das funktioniert nicht nur mit Geld. Außerdem gibt es Unternehmen in NRW, die nach außen ein Zeichen setzen, indem sie beispielsweise sicherstellen, dass in ihren Betrieben keine Materialien Verwendung finden, die auf ausbeuterische Weise oder in Kinderarbeit hergestellt worden sind. Solche „Codes of Conduct“ müssen wir unterstützen und deren Umsetzung fördern.

Brockes: Ich finde es enorm, was in unserem Land ehrenamtlich geleistet wird. Beispiele ließen sich viele nennen. Unsere Aufgabe ist es, das Engagement und den Einsatz der Aktiven noch stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen und den Hilfswerken mit Ideen und Rat zur Seite zu stehen.

Koczy: Glücklicherweise sind die im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel für den Eine-Welt-Bereich in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben. Man darf aber nicht vergessen, dass in anderen Ministerien der Bereich Internationale Zusammenarbeit, den man auch der Eine-Welt-Politik zurechnen kann, deutlich heruntergefahren worden ist. Wir müssen also künftig alles daran setzen, damit der Stellenwert der Eine-Welt-Politik nicht weiter sinkt. Durch die Frage des internationalen Terrorismus und die Anschläge ist deutlich geworden, dass Armutsbekämpfung auch ein Mittel ist, Terror zu bekämpfen. Eine-Welt-Politik ist gleichzeitig auch Präventionsarbeit.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.



Ute Koczy (GRÜNE)



Dietmar Brockes (FDP) Fotos: Schälte